

Aufwärts

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.30 Beleggebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Preis Ausland unter Streifenband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pf. Postfachkonto Hannover 67 377.

Christliches Tageblatt

mit den Beilagen „Für Herz und Haus“, „Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:

Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Bestelle 30 Wg. Beilagen unter 25 g je laufend 15 Wg. Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfachkonto Hannover 67 377.

Nr. 190.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Freitag, den 15. August 1930.

12. Jahrgang.

Immer wieder, wenn wir sinnen,
Stürzt die Welt in wilde Stürme;
Immer wieder, still von innen,
Fügen wir die schöne Brücke.

Dehmel.

Wahlnot des Christen.

Von Ludwig Heine.

Die geistigen Auseinandersetzungen vor der diesjährigen Reichstagswahl zeigen ein vertieftes Gefühl für die Notwendigkeit der klaren Fronten. Zahlreich sind wir von dem oberflächlichen Schlagwort beherrscht worden: die Wirtschaft ist alles. Und damit kam auch in unser politisches Leben das charakterlose Feilschen, der im tiefsten Grunde gewissenlose Krämergeist. Es mutet heute wie eine ernstere Besinnung auf die letzten Gegensätze des Lebens an, welche auch für praktisches Handeln maßgebend sind. Das Parteischlagwort der SPD „Religion ist Privatsache“, ist von dieser niemals ernst genommen worden; konnte es auch nicht, weil es grundsätzlich unwahr ist. Von der Parteitaktik ist es ja auch nur deshalb geprägt worden, um religiöse Naturen nicht abzustößen. Praktisch ist die SPD in allem ihrem öffentlichen Handeln (Presse, Kirchenaustrittspropaganda usw.) stets nach der Wahrheit verfahren, daß Religion die öffentliche Angelegenheit ist; d. h. also: sie hat die Religion mit aller Folgerichtigkeit bekämpft, um sie im öffentlichen Leben um ihren Einfluß zu bringen. In Rußland zieht man nur die letzten Folgerungen aus dem, was grundsätzlich die Anschauung aller parteifremdlichen Richtungen ist, die auf dem Boden der materialistischen Weltanschauung stehen.

Ja, Religion ist die öffentlichste Sache unseres Lebens eben deshalb, weil sie persönlichkeitsdurchdringend und damit gemeinschaftsbildend ist. Damit aber hebt die Wahlnot des evangel. Christen an. Die Politik hat es auch mit dem Gemeinschaftsleben der Menschen zu tun. Sie ist ein Handeln der einzelnen Persönlichkeiten, aus dem die Gestaltung der Gesellschaft als Folge und Frucht hervorgeht. Kommt es also nur darauf an, wo die Persönlichkeit bestimmenden Grund und gefestetes Ziel für die Gestaltung der Gemeinschaft findet. Das klare Urteil wird demgegenüber erkennen müssen, daß hier nicht die mehr oder minder nebelhaften Gedanken von Wohlfahrt und Wirtschaft, größtmöglicher Glückseligkeit und höchstmöglicher Lebenshaltung die entscheidende Rolle spielen, sondern die Stellung der Persönlichkeit zu Gott als unserer Lebensquelle und zum Reiche Gottes als dem gefesteten Lebensgemeinschaftsziel.

Nach Gottes Willen haben wir die Erkenntnis davon und unser Handeln daraus unter den gegebenen irdischen Lebensverhältnissen zu gewinnen und zu betätigen. Der evangelische Christ mag Politik noch so sehr für ein leidiges Ding halten, mag insbesondere dem heutigen Parlamentarismus mit schweren Gewissensbedenken gegenüberstehen, weil er tatsächlich eine Quelle vielen gewissenlosen Handelns ist: — diese Verhältnisse sind nun einmal die gegenwärtigen Formen, in denen der evangelische Christ seinen Persönlichkeitswert im politischen Leben zur Geltung bringen kann und die Macht der Reichsgottesgedanken für die Gestaltung des Gemeinschaftslebens durch Gesetz und Rechtsordnung wirksam werden lassen kann. Wir evangelischen Christen leben heute in einer Zeit tiefempfundener Wahlnot; sie muß sich in uns umsetzen zum Bewußtsein der Wahlpflicht als einer ersten Gewissenssache, gerade, weil die Not da ist. Wir können und dürfen uns nicht dabei beruhigen, daß wir als evangelische Persönlichkeiten ja auch sonst im irdischen Gemeinschaftsleben (Familie, Freundschaft, Beruf u. a.) lebensbestimmend sein können und sollen. Das ist gewiß Tatsache. Aber die Formen des politischen Lebens, welche die gesellschaftlichen und rechtlichen Ordnungen für eine Volksgemeinschaft schaffen, wirken eben damit auch auf alle anderen Lebenskreise ein. Deshalb gebietet uns unser Gewissen die Wahlpflicht. Die Flucht vor der Wahlurne ist eines evangelischen Christen unwürdig und ein Vergehen vor der Zukunft des Volkes.

Worin besteht nun eigentlich unsere Wahlnot heute besonders? Zunächst in der Tatsache der Listenwahl. Die Liste läßt das Moment der Persönlichkeit und der persönlichen Verantwortung in einer unevangelischen Weise zurücktreten. Es ist gewiß kein Zufall, daß gerade die innere Gestaltung unserer Zeit und ihres Geschlechts dieses zweifelhafte Gebilde entstehen ließ. Ferner hat die ja leider vorhandene wirtschaftliche Not unserer Tage die Parteigruppierungen so stark beeinflusst, daß sie mehr

oder weniger nur Vertretungen irdischer Lebensbelange, also Interessentenkreise geworden sind. Dies ist eine Tatsache, welche geradezu gemeinschaftsgefährdend wirkt. Unsere Wahlnot besteht also darin, daß wir zur Ausübung politischen Handelns unter Formen gezwungen sind, welche dem evangelischen Ideal keineswegs entsprechen, ja, ihm innerlich ferner sind als im vergangenen Geschlecht.

Daß diese Not empfunden wird von allen, die sich überhaupt über das politische Leben ihres Volkes ernsthafte Gedanken machen, von allen also, denen es Gewissenssache ist: dafür sind manche Vorgänge seit der Auflösung des Reichstages ein deutliches Zeichen. Aus diesem Grunde muß der evangelische Christ an den Vorbereitungen für die Septemberwahl besonders lebhaften Anteil nehmen und die ihm mit dem Evangelium geschenkte Eigenart darin wirksam werden lassen. Unser evangelisches Ideal auch für das politische Handeln ist die tiefe persönliche Gottverbundenheit, die alles zur Gewissenssache uns macht und die uns allein die Kräfte schenkt, das Gemeinschaftsleben aller Grade zu versittlichen (Familie, Erziehung, Beruf, Wirtschaft und in welchen Formen es sich immer auslebt). Wir wollen demnach als evangelische Christen die besondere Wahlnot, die wir empfinden, nicht anders bewerten als jede andere Lebensnot. Wir fühlen und nehmen sie als eine von Gott uns gestellte Aufgabe, bei deren Lösung und Überwindung wir die Kräfte des Evangeliums für Persönlichkeit und Gemeinschaft dankbar gebrauchen sollen. In diesem Lichte sehen wir den 14. September und seine Vorbereitungen, denen auch unsere Entscheidung gilt.

Der rote Bloß.

Der jetzige Reichstagswahlkampf mit seiner scharfen Oppositionstellung der Sozialdemokraten gegen das gesamte Bürgertum gibt zu einer Betrachtung der inneren Zusammenhänge dieser Dinge Anlaß. Vor rund 6 Jahren machte die sächsische Sozialdemokratie, dieses sogenannte Schmerzenskind des Reiches, ihre entscheidende Krise durch. Von 40 Abgeordneten trennten sich damals bekanntlich 23, um einen gemäßigteren Kurs einzuschlagen und das radikale Gedankengut abzutun. Sie hofften bei diesem Schritt auf die Unterstützung ihrer Hoffen im Reich, d. h. auf die Reichsparteileitung der deutschen Sozialdemokratie und riefen sie um Hilfe an. Viel zu wenig wurde damals dieser Hilferuf der sächsischen „Negaten“ im übrigen Reich beachtet. Welche Antwort erhielten sie von Berlin aus? Sie wurden im Stich gelassen, und die Reichsparteileitung der Sozialdemokratie stellte sich offiziell auf die Seite der 17 übriggebliebenen Radikalen. Damit war das Schicksal der 23 besiegelt, der Prozeß zur politischen Befinnung und Mäßigung wurde im Reime erstickt, Berlin lud eine gewaltige Verantwortung auf sich und sorgte dafür, daß der ganze Parteiparat in Zukunft den Radikalen uneingeschränkt zur Verfügung stand. Klassenpolitik hatte also über Volkspolitik und Volkserziehung gesiegt.

Für die so häufig gerügte marxistische Politik in Sachsen, die bis auf den heutigen Tag so schwer jeder Vernunft zugänglich war und sich aufs engste an die kommunistische Taktik anlehnte, ist also die Reichspartei der Sozialdemokratie durchaus mitverantwortlich. Und diese Verantwortung beschränkt sich nicht auf jene Unterstützungsaktion vor 6 Jahren, sie reicht bis in die Gegenwart und scheint gerade im jetzigen Reichstagswahlkampf einen neuen Charakter anzunehmen. Es war in all den Jahren sehr interessant zu beobachten, wie die Reichsparteileitung der SPD, wenn die SPD im Reich in der Regierung saß, zwar in der Öffentlichkeit gegen die radikalen Sonderwünsche Sachsens protestierte, in Wirklichkeit aber sehr weitgehend all diesen Wünschen entgegenkam. So fühlten sich die Hauptverantwortlichen in Sachsen immer gedeckt, sie arbeiteten unter der Protektion Berlins. Und die gemäßigte Richtung erlangte keine entscheidende Mehrheit. Am irreführendsten waren in diesem Sinne sämtliche Wahlkämpfe, die geführt wurden, denn dann wurde stets ein großer Haufen von Reichstagsabgeordneten für Sachsen aufgeboden, und in der Hitze des Gefechts schwand nun — zum wenigsten rein äußerlich — alle Unterschiede zwischen radikalen Sachsen und weniger radikalen Vertretern des Reiches. Das war sehr verhängnisvoll. Im letzten Wahlkampf, als die SPD im Reich schon aus der Regierung ausgeschieden war, kam es am allerstärksten zum Ausdruck. Das Ideal eines mittel-deutschen roten Blockes trat unverhüllt hervor. Allerdings: so wie die Dinge in Sachsen liegen, kann man diesen Ansturm der Linken wohl verstehen. Es handelt sich

ja nur um ganz wenige Abgeordnetensitze, die dazu erobert werden müssen, um die Mehrheit zu haben. Und der Gedanke, daß alle Anstürme in den letzten Jahren vergeblich blieben und keine Fortschritte zu verzeichnen waren, steigerte naturgemäß die Hartnäckigkeit der Kämpfenden. Im jetzigen Reichstagswahlkampf hat sich eine ganz neue Situation ergeben. Sie ist nicht nur für Sachsen, sondern für das ganze Reich bedeutungsvoll.

Mehr als jemals vorher kommt die SPD des Reiches Sachsen zu Hilfe. Bekanntlich haben die Nationalsozialisten und die Kommunisten, als kaum der im Juni gewählte Landtag zusammengetreten war, schon wieder einen neuen Antrag auf Landtagsauflösung gestellt. Die Annahme dieses Antrages hängt allein von der Sozialdemokratie ab. Sie getraute sich zwar nicht, schon vor Beendigung des Reichstagswahlkampfes die Entscheidung herbeizuführen, der Landtag wurde stattdessen in die Ferien geschickt und alles auf die Zeit nach dem 14. September verschoben. Dafür setzte aber vom ersten Tage ab eine ganz ungewöhnliche Wahlagitatorik ein, auf allen Fronten entbrannte der Kampf der SPD sofort derart stark, wie man es selbst für Sachsen bisher kaum gewohnt war. Schon im Juli ging es los und namhafte Reichstagsabgeordnete stellten sich unverzüglich zur Verfügung. Man will die letzte Probe aufs Exempel machen, ob sich auf Grund eines ganz ausgedehnten und großangelegten Wahlfeldzuges, wie er ja jetzt durch die Anteilnahme aller Kräfte aus dem Reich ermöglicht wird, nicht doch noch eine rote Zentrale in der Mitte des Reiches errichten läßt. Entweder jetzt oder nie. Je besser die SPD im übrigen Reich abschneidet, um so angenehmer würde das natürlich auf die Entwicklung in Sachsen wirken. Aber selbst für den Fall, daß im zukünftigen Reichstag die SPD keine ausschlaggebende Bedeutung in der Regierung erlangte und schließlich sogar die Koalition des Zentrums und der Sozialdemokratie in Preußen gelöst würde, so möchte die Reichssozialdemokratie doch wenigstens ihrer sächsischen Bruderpartei eine „maßgebende“ Regierung verschaffen. Das Interesse dafür liegt auf beiden Seiten. Man glaubt immer noch, daß Mitteldeutschland den günstigsten Boden für den endlichen Sieg des Marxismus abgibt, und daß von hier aus das übrige Reich leichter zu durchdringen sei. Vor allem deshalb, weil hier schon Hauptstützpunkte der Kultur sehr stark unter dem Einfluß der Linken stehen und die Erziehung der jungen Generation in einer Art von Schulen vor sich geht, wie sie dem marxistischen Ideal so ziemlich entsprechen. Darum lautet augenblicklich eines der bekanntesten Schlagworte der SPD: „Scharfster Kampf der Kulturreaktion“. Und ganz auffallend wird sogar in Sachsen jetzt dem Zentrum, der Bayerischen Volkspartei und dem Christlichen Volksdienst der Kampf angelegt, während es die sächsische SPD bisher nicht für nötig hielt, gegen Weltanschauungsparteien dieser Prägung so stark zu kämpfen. Überall erkennt man die Initiative des Reiches, die Stichwörter der Reichssozialdemokratie.

Worauf baut die Linke ihre Hoffnungen auf? Zunächst glaubt sie, daß die neue „Deutsche Staatspartei“ nicht den Boden in Sachsen finden werde, den die an ihr interessierten Kreise erwarten. Trotzdem hier in Sachsen die Anfangsgründe der Staatspartei liegen, weil ja die Volksnationalen Mahrauns und die Demokraten im sächsischen Landtag zuerst zusammengingen. Die SPD rechnet damit, daß erstens die seitherigen jungdeutschen Wähler ihrem Führer Mahraun auf der jetzigen politischen Bahn nicht mehr geschlossen folgen werden, und daß zweitens ein bedeutender Teil der Demokraten ebenfalls sich aufsplittet. Die Jungdeutschen mehr nach rechts, die Demokraten nach links. Wenn der Name der neuen Partei als solcher diesen Ausfall nicht wettmache und Wähler aus anderen Lagern, vor allem aber aus dem der bisherigen Nichtwähler heranhole, so bestehe die Möglichkeit, daß das Wahlergebnis für den sächsischen Teil der Staatspartei nicht mehr ausschlaggebend ins Gewicht falle. Damit würden die Kräfte, die bisher die sogenannte Mitte bildeten, in Zukunft keine Entscheidung mehr zwischen rechts und links geben können und einer wirklichen Linksmehrheit wären plötzlich ganz neue Möglichkeiten geboten. Diese Kombinationen sind natürlich für die SPD sehr verführerisch. Es fehlen der Linken (Sozialdemokratie und Kommunisten) nur 3 Sitze an der Hälfte aller Landtagsitze. Diese drei Sitze wurden von den Demokraten gestellt. Was der Linken also seither in keiner Weise möglich war, das erhofft sie jetzt durch die Zersplitterung der alten Mitte zu erreichen. Weiter aber glaubt sie, daß auch der Nationalsozialismus bei den letzten Wahlen schon seinen Höhepunkt erreicht habe und die Entscheidungen des Staatsgerichtshofes in Thüringen der Bewegung Abbruch tun werden. Nicht zuletzt setzt sie dann

noch ihre Hoffnungen auf die Parteizersplitterung im bürgerlichen Lager überhaupt.

Das sind große Träume, die nicht nur die Phantasie der sächsischen Sozialisten, sondern auch derer aus dem Reich beflügeln. Die Besinnung und Mäßigung, die seit einiger Zeit sich in Sachsen vorzubereiten schien, weil keine Zunahme der Parteibewegung bei den Wahlen mehr zu erzielen war, wird in diesem Wahlkampf unter Umständen wieder ganz zerstört. Es wiederholt sich das, was die Reichsparteileitung der SPD schon vor 6 Jahren an den gemäßigten 23 sündigte. Man sollte ehrlich sein: das „Schmerzkind“ Sachsen, das bei gewissen Gelegenheiten in Berlin als eine unangenehme Erscheinung im Gesamtkörper der Sozialdemokratie „empfunden“ wird, hat sich nur unter der Protektion eben dieser Reichssozialdemokratie „so gut“ entwickeln können.

Ungeachtet dieser Lage in Sachsen, wo vor allem die größten Kulturgüter nicht nur für das Land allein, sondern für das ganze Reich immer noch auf dem Spiele stehen, gewinnt natürlich die Parteibewegung des „Christlichen Volksdienstes“ erhöhte Bedeutung. Je stärker die Linke bestrebt ist, sich die ausschlaggebende Stellung zu erringen und mit ihrer roten Kultur das Land zu beglücken, um so mehr tritt an den Volksdienst die Aufgabe heran, sich ausschlaggebend in die Mitte zwischen rechts und links zu stellen. Wenn es ihm möglich ist, einen bedeutenden Teil der seitherigen Nichtwähler, die ja rund 1½ Millionen in Sachsen ausmachen, zu erfassen, so hat er gewonnenes Spiel. Natürlich ist das Vordringen einer neuen Partei immer schwer, aber der äußerst günstige Erfolg bei den letzten Wahlen hat die Bedenken der Skeptiker zunichte gemacht. Es liegt ganz klar auf der Hand, daß das Volk eine mehr weltanschaulich orientierte Partei schon längst gewünscht hatte. Dieser Wunsch wird aber bei einem erneuten Ansturm der Linken noch weit größer werden.

Ein Erlass des sächsischen Justizministeriums gegen das sogenannte politische Rowdium ist noch sehr beachtenswert und kann zur Nachahmung empfohlen werden. Das Ministerium hat Anweisung gegeben, Strafverfahren wegen bewaffneter Aufrufes im politischen Kampf aufs schnellste und nachdrücklichste durchzuführen. Für eine unnachlässigliche Vollstreckung der verhängten Strafen ist gesorgt. Wörtlich heißt es: „Das politische Rowdium kann nicht auf Milde rechnen. Bewährungsfristen werden nur in ganz besonderen Fällen bewilligt, Geldstrafen sind nicht zulässig.“ Dr. A.

Aus der Parteibewegung.

In Bielefeld fand eine Tagung von Mitgliedern der alten christlich-konservativen Partei aus Westfalen und Lippe unter der Leitung von Dr. Spengemann-Bielefeld statt, an der u. a. auch der frühere konservative Vertreter Minden-Ravensbergs im Reichstage, Landwirt Siefermann-Gölsen, und andere führende Vertreter der konservativen Bewegung teilnahmen. Eingehend wurde zu den letzten politischen Vorgängen Stellung genommen, worauf folgende Entschließung einstimmig zur Annahme gelangte:

„Der kommende Wahlkampf fordert klare Entscheidung. Die innere und äußere Not unseres Vaterlandes läßt faule Kompromisse nicht mehr zu. Wir brauchen Männer, die den Mut haben, entscheidende Entschlüsse zu fassen und durchzuführen. Deshalb erwarten wir von unseren konservativen Gesinnungsgenossen in Stadt und

Land, daß sie sich getreu christlich-konservativer Weltanschauung hinter den Führer stellen, der in dem Augenblick, wo es sich um die Befreiung aus innerer und äußerer Knechtschaft handelt, den Mut hat, die volle Verantwortung zu politischer Tat auf sich zu nehmen. Wir verwahren uns gegen den Mißbrauch des konservativen Namens durch diejenigen, die den vornehmsten konservativen Grundsatz „Treue dem Führer“ verleugnet haben. Darum rufen wir auf, dem Führer der Deutschnationalen Volkspartei, Dr. Hugenberg, zu folgen, der heute am reinsten die konservativen Grundsätze vertritt.“

Neueintritte bei den Deutschnationalen.

Zahlreiche führende Persönlichkeiten, die in den letzten Jahren der Deutschnationalen Volkspartei wegen ihrer damaligen Kompromisspolitik den Rücken gewandt hatten, sind neuerdings in die Deutschnationalen Partei wieder eingetreten. So haben u. a. ihren Eintritt in die Deutschnationalen Volkspartei vollzogen: Der Prorektor der Technischen Hochschule Charlottenburg Dr. Ing. Klotz, der Führer der Sudetenarmee General der Inf. v. Belom, Sanitätsrat Dr. Winkler-Bethel-Gaddebaum, der Begründer und langjährige Führer des Stahlhelms in Anhalt Hans Henning v. Grothe und zahlreiche weitere Führer der vaterländischen Verbände. In den Beitrittserklärungen wird allgemein betont, daß die zielklare Politik Hugenburgs die Veranlassung zu dem Eintritt in die Deutschnationalen Volkspartei gegeben habe.

Was kann ein sozial denkender Arbeitsminister tun?

Das Wichtigste und Erfolgreichste kann er nicht tun, sondern das muß sein Kollege vom Auswärtigen Amt oder der Reichskanzler im Rahmen der Gesamtregierung tun. Mit Versicherung und Sozialpolitik oder mit Arbeitsdienstpflicht oder mit Arbeitsbeschaffung ist überhaupt nicht zu helfen, — sondern mit Handelspolitik.

Wir brauchen eine sofortige radikale Umstellung unserer gesamten Handelspolitik. Hierbei darf man vor dem Hindernis einzelner Handelsverträge und vor den diplomatischen Bedenken einzelner Sachverständiger im Auswärtigen Amt nicht zurückschrecken. Hier ist höhere Gewalt (force majeure). Es muß sofort und radikal gehandelt werden; denn es handelt sich um das Leben der Nation. Wir verschleiern in unserer Einfuhr für Fertigfabrikate agrarischer und industrieller Art 4 bis 5 Milliarden Mark an Arbeitslöhnen, die uns in unserer Innenwirtschaft fehlen. Dieser Jrrsinn muß sofort aufhören.

Die deutsche Arbeiterschaft muß endlich erkennen, daß es sich hier um ihre Existenz handelt, und nicht um Kapitalgewinne von Industrie oder Landwirtschaft. Wir brauchen einen ganz stramm nationalistisch eingestellten Schutz der Arbeit auf jedem Gebiet — wegen Arbeitslosigkeit. Das Geschrei der Berliner Asphaltpresse, daß dadurch die Ernährung und Lebenshaltung des deutschen Volkes verteuert würde, ist nur ein alberner Popanz. Keinem Menschen fällt es ein, die tropischen Futtermittel, die aus Afrika, Britisch-Indien und China zu uns kommen, verteuern zu wollen. Hiermit kann die deutsche Landwirtschaft mit Hilfe von deutschen Kühen und Bauern und Landarbeitern so viel Milch und Butter und Fleisch herstellen, wie wir nur irgend wollen. Und

zwar billiger — und was die Hauptsache ist — mit deutschen Arbeitslöhnen. Es gibt in der Deutschen Ernährungswirtschaft nur ein gewisses Defizit von Pflanzen-Eiweiß und Fett, welches auf diese Weise zollfrei gedeckt wird. Dagegen gibt es kein Brotdesizit, wenn wir nur etwas mehr Roggenbrot essen wollen. Es gibt aber ein furchtbares Defizit an Arbeit, welches wir uns selbst durch unsere leichtfertige und gedankenlose Handelspolitik geschaffen haben. Mit einer anderen Handelspolitik wäre die Sanierung des Arbeitsmarktes in Deutschland sofort zu haben. Der industrielle Arbeiter möge bedenken, daß sein gefährlichster Konkurrent auf dem industriellen Arbeitsmarkt der arbeitslose Landarbeiter und Kleinbauernsohn ist; daß aber sein gefährlichster Konkurrent auf dem Warenmarkt der fremde Arbeiter ist, dessen Leistung von uns bezahlt wird. Das bedeutet nichts anderes als eine Verkürzung des Gesamt-arbeitslohnes in Deutschland um 5 Milliarden. (Aus „Raumburger-Blatt“ Nr. 33/34 (30), Preis 1,— M., Verlag Dr. Schiele, Raumburg-Saale.)

Der Türken-Einmarsch.

— Berlin, 14. August.

Mit dem Einmarsch einer starken türkischen Armee in Persien und ihrer Festsetzung am Stabhang des Ararat-Gebirges ist eine sehr gespannte Lage in Vorderasien entstanden, wogegen dieser Konflikt keineswegs mit Naturnotwendigkeit einen regelrechten Krieg zwischen beiden Staaten auszulösen braucht. In Angora sowohl als in Teheran hat man alle Veranlassung, vorsichtig zu sein! Ein Waffengang mit seinen Ungeheuern würde nicht nur das in Ausführung begriffene Reformwerk unterbrechen, sondern zugleich auch den Gegnern der Umbildung der asiatischen Länder nach europäischem Muster Ausflüchte für eine Rückkehr zur Macht eröffnen.

Die Sorge um die eigene Herrschaft wird so Angora und Teheran vor Unfluthen bewahren. Aber nicht nur das, die Türkei und Persien haben auch das Eingreifen fremder Mächte zu fürchten. Also alles Momente, die die militärische Bedeutung des Türken-Einmarsches in Persien erheblich einschränken; die politische Bedeutung des ganzen Konflikts hat darunter freilich nicht zu leiden.

Kurdistan in der Ebene des Tigris, der Schattablag der jetzigen Unruhen, ist ein begehrttes Land. Es beherbergt nicht nur ein Hirtenvolk, das heute wie vor Jahrtausenden mit seinen Herden von Ort zu Ort zieht — sofern es nicht in den Bergschluchten vom Karawanenraub lebt —, sondern Kurdistan, dem Mossul-Gebiet eng benachbart, enthält auch Petroleumsquellen, die schon lange die Blicke der Welt auf sich gezogen haben. Dazu hat diese Dreiländerede, an der Rußland, die Türkei und Persien zusammenstoßen, auch erhebliche strategische Bedeutung, insbesondere für England hinsichtlich der Sicherung des Perser-Landwegs nach Indien.

Hat nicht einer der führenden Männer Englands Lord Curzon, einmal das Wort geprägt, Indiens Grenze müsse an den Euphrat verlegt werden? Und hat England nicht schon während der Friedensverhandlungen mit der Türkei im Jahre 1919 die Errichtung eines selbständigen kurdistanischen Staates propagiert?

Offenbar hat England auch bei dem neuen Konflikt, der nun zu dem Einmarsch türkischer Truppen in das persische Bergland geführt hat, seine Hand im Spiele. Diese Vermutung liegt um so näher, als England an Kurdistan und der Entzweiung der bisher durch ein Reg von Freundschaftsverträgen miteinander verbundenen Mächte Rußland, Persien und die Türkei

Ein Europäischer Kongreß für Leibesübungen in Berlin.

Von Reichswart D. Erich Stange-Kassel.

Der 1. Europäische Kongreß für Leibesübungen, der auf Veranlassung des Weltbundes der Christlichen Jungmännervereine vom 20. bis 27. August 1930 in der Deutschen Hochschule für Leibesübungen in Berlin tagen wird, hat eine lange Vorgeschichte. Sie ist geeignet, deutlich zu machen, worum es bei dieser bisher einzigartigen Veranstaltung auf dem Gebiete internationalen Turn- und Sportwesens geht.

Seit Jahrzehnten schon haben die christlichen Jungmännervereine der verschiedenen Länder der Erde den Leibesübungen in ihrem Arbeitsprogramm einen bedeutenden Platz zugewiesen. Sie taten es aus der Erkenntnis heraus, daß eine umfassende Lebensgemeinschaft junger Männer an dieser wichtigen Seite jugendlichen Lebens nicht vorübergehen dürfe. So entstanden schon um die Mitte des vorigen Jahrhunderts Turn- und Sportgruppen innerhalb der einzelnen Vereine, und allmählich gewann in den nationalen Verbänden die Ueberzeugung Raum, daß es sich hier nicht um die Liebhaberei einzelner Gruppen der Mitgliedschaft handeln dürfe, sondern daß Leibesübung ein wesentlicher Bestandteil evangelischer Jugendführung sein müsse.

Trotzdem hat es verhältnismäßig lange gedauert, bis auch der Weltbund der Christlichen Jungmännervereine, der mit dem Sitz in Genf mehr als 1½ Millionen Jungmänner zusammenschließt und die älteste Weltjugendorganisation darstellt, seinerseits dieser Aufgabe die gebührende Aufmerksamkeit schenkte. Ja, im Grunde ist es erst die Nachkriegszeit gewesen, die bei einer neuen Erfassung der Aufgaben neuzeitlicher Jugendführung auch den Leibesübungen die ihnen zukommende Bedeutung in der Arbeit des Bundes sicherte.

So kam es 1927 erstmalig zu internationalen Wettspielen der christlichen Jungmännervereine in Kopenhagen. Dank der vorbildlichen Gastfreundschaft des dänischen Jungmännerwerkes sind sie für alle, die daran teilnahmen, zu einem schönen Erlebnis jugendfroher Zusammenarbeit geworden. Noch bedeutsamer aber wurden sie dadurch, daß aus ihnen eine neue Erkenntnis der

besonderen Aufgaben erwuchs, vor denen der Christliche Jungmännerweltbund auf dem Gebiete der Leibesübungen steht.

Wenn man nämlich damals in Kopenhagen zunächst mit dem Gedanken umging, nach einer Reihe von Jahren solche internationalen Wettkämpfe zu wiederholen, so setzte sich doch allmählich die Ueberzeugung durch, daß hier zunächst ein anderer Weg beschritten werden müsse. An sportlichen Wettkämpfen nationaler oder übernationaler Art ist in unseren Tagen wahrhaftig kein Mangel. Sie durch eine internationale Veranstaltung der Christlichen Jungmännervereine zu vermehren, liegt kaum ein zwingendes Bedürfnis vor. Ja, man könnte sich fragen, ob nicht solche internationalen Wettkämpfe nur allzu leicht den Charakter einer kleinen Olympiade annehmen würden, und zwar mit allen Mängeln und Einseitigkeiten, die diesem Unternehmen heute noch anhaften. Gerade das deutsche Werk hat in Form einer ausführlichen Denkschrift des Eichenkreuz-Turnrates diesen Gesichtspunkt geltend gemacht.

Satt dessen erwuchs dem Christlichen Jungmännerwerk der Welt von Jahr zu Jahr auf einem anderen Gebiete der Leibesübungen eine Aufgabe, die ihm kein anderer Verband abnehmen konnte, und der er sich deshalb auf die Dauer nicht entziehen durfte. Man kann sie vielleicht als das Ringen um ein neues Ethos der Leibesübungen bezeichnen oder schlichter als den Kampf um die innere Gesundung der modernen Sportkultur. Schon steht das Christliche Jungmännerwerk an vielen Stellen der Welt hier in einer heißen Auseinandersetzung mit den zeitgenössischen Strömungen. Die Frage, ob es ihm gelingen wird, einen neuen Typus von Leibesübungen zu gestalten, der die Erleichterung des Körpers zum Bestandteil der Gesamterziehung des jugendlichen Menschen werden läßt und innerste Kräfte der Erneuerung der modernen Sportwelt zuführt, steigt mit großem Ernst empor und nötigt ganz von selbst zu grundsätzlicher Befinnung.

Aus solcher Verantwortung heraus ist der Plan zu dem europäischen Kongreß für Leibesübungen entstanden. Der Aufruf, mit dem sich der Vollzugsausschuß des Kongresses an die europäischen Nationalverbände im Weltbunde der Christlichen Jungmännervereine wandte, spricht es eindeutig aus. Es heißt darin u. a.:

„Wir stehen fast in allen Ländern vor der erfreulichen Tatsache, daß Leibesübungen das Interesse der Jugend in einem weit stärkeren Maße gewonnen haben. Zugleich aber zeigen sich vielfach Erscheinungen des Verfalls und der Zerrüttung. Die sittlichen Kräfte des christlichen Glaubens werden von allen Seiten zu Hilfe gerufen, um die Auswüchse des modernen Sportwesens zu bekämpfen. Dabei zeigt es sich, daß die mit dem Sport zusammenhängenden grundsätzlichen Fragen innerhalb der christlichen Kirchen noch nicht genügend durchdacht worden sind.“ Der Kongreß soll daher Männer aus den verschiedenen Teilen des christlichen Jungmännerwerkes Europas zusammenführen, um neue Klarheiten über die schöpfungsmäßige Bestimmung des Leibes zu gewinnen; er soll die grundsätzlichen Fragen, die der moderne Sport aufgeworfen hat, vom Standpunkt der christlichen Weltanschauung aus behandeln; er soll endlich dazu dienen, die Teilnehmer über neue Methoden der Leibesübung zu unterrichten und die praktischen Erfahrungen der verschiedenen Länder auszutauschen.

Freilich würde man sehr irreführen, wenn man meinte, daß der Kongreß sich infolgedessen in grauer Theorie erschöpfen werde. Ein guter Teil des Tages ist dem Austausch technischer Erfahrungen unter Leitung von Sportführern der verschiedenen Länder sowie gymnastischen Vorführungen und Lehrspielen gewidmet. Selten inneren Schwerpunkt hat der Kongreß dann freilich in grundsätzlichen Erörterungen über die geistige und sittliche Grundlage des modernen Sports. Da tauchen Fragen auf, wie die nach Recht und Schranke des Wettkampfes, nach den sittlichen Werten des Sportes, nach Eigenart und Wert der verschiedenen Systeme der Leibesübungen und nach ihrer sozialen Bedeutung und werden durch Redner von internationaler Bedeutung Antwort finden.

Ein internationaler Ausschuß, der gleichzeitig mit dem Kongreß tagt, wird die Ergebnisse der grundsätzlichen Auseinandersetzungen zusammenzufassen haben und sie als Material für die 20. Weltkonferenz der Christlichen Jungmännervereine, die 1931 in Nordamerika zusammentritt, zusammenfassen. Es liegt ihm bereits eine Anzahl von Anregungen vor, die für die künftige Gestaltung der Leibesübungen in der Christlichen Jungmännerwelt von weitgehender Tragweite werden können.

nicht nur ein e
auch erwiesen ist,
die Kurden auf
England stamm

Natürlich
nicht geklärt we
geglimmt hätte.
in Kurdistan h
des türkischen
Sultane in Kon
bischen Großen
stellten die Weib
hinter der dem
menier. Nach d
Vorzugsstellung
Geldquellen, au
dahin gespeist w
Angeklagte
kommen von Unz
überprüfen. Ber
Regierung in U
einen neuen W
pässigung
betrieb, währen
uralten Sitten

Auf diesem
bischen Unruhen
zunahm. Währe
der Rebellion
wandte der tür
Mittel an: die
200 und die G
200 Dörfer für
Erdboden gleich
waren die
hieser eine in
sie nun zu eine
gora — in der
nur dann endg
die Zustandsst
wird — den B
aber die Türke
tun werden, ein
anzunehmen.
würde, Nutzen
sein, das sich a
bistan ein neue
dann mit eini
gegen Rußland
werden könnte.

43 Krie

Maschinenst

Angeklagte

China haben di
Frankreich und
sichsmaßnahmen
fremde Kriege
allein auf die
herricht wüde
yen haben die
sie nun erneut
wohner flüchte
Sunnan werden
gemeldet; tägli
den sein. Die

Kantschuan
schen Generalst
eingeschlossen.
truppen sind d
schußlos. Man
ralkonsul hat
handlungen ab

Sinricht

Wie aus
Angehörige des
ten Auffland t
men worden
Ahan erschoffe
Toren von Ka

Abschied

Reichsprä
des Abschiedst
„Beim W
genheim's Bed
die Lebenswür
freundschaft, d
rung mir wä
währt haben,
Ich werde die
wahren. Bei
besten Wünsch
ergehen Eurer
schen Reiches

Einla

Zur Teilnahm
Die poln
mittlung ihrer
Warschau gep
staaten offiziel
agentur beme
gierung sämt
die während d
frieden sich d
Fragen beschä
habe auch Vite

Die Krö

ist nunmehr
worden. Kön
den, nach de
bekannten Zer

Der
Bänderweide, l
angetreten

— mit deut-
tischen Ernäh-
von Pflanzen-
se zollfrei ge-
gibt, wenn wir
Es gibt aber
nkenlose Han-
anderen Han-
itsmarktes in
ielle Arbeiter
onkurrent auf
lose Landar-
ein gefährlich-
fremde Arbeit-
wird. Das be-
des Gesamt-
arden. (Aus
reis 1.— M.
rarch.
4. August.
tischen Armee
stabhäng des
age in Vor-
nflikt keines-
redeten Krieg
cht. In Un-
lle Veranlas-
gang mit sei-
Ausführung
dern zugleich
tischen Rän-
r eine Mä-
aft wird so
wahren. Aber
ben auch das
Also alles
des Türken-
nen; die po-
hat darunter
der Schau-
ehrtes Land.
as heute wie
von Ort zu
bergschluchten
rdistan, dem
uch Petro-
de der Welt
dreiländer-
Persien zu-
Bedeutung,
er Sicherung
er Englands
gigt, Indiens
werden? Und
densberhand-
Errihtung
oplagert?
neuen Kon-
her Truppen
ne Hand im
näher, als
ng der bisher
miteinander
b die Tür-
er erfreulichen
e der Jugend
ben. Zugleich
Verfalls und
christlichen
gerufen, um
zu bekämpfen.
aufammenhän-
er christlichen
worden sind.
verschiedenen
Europas zu-
r die schöp-
innen; er soll
Sport aufste-
hen Weltan-
zu dienen, die
übung zu un-
der verschie-
man meinte,
r Theorie er-
t dem Aus-
unter Leitung
r sowie gym-
widmet. Sei-
dann freilich
über die gei-
Sports. Da
Schranke des
Sportes,
Systeme der
Bedeutung und
r Bedeutung
zeitig mit dem
rundfählichen
aben und sie
r Christlichen
za zusammen-
eine Anzahl
bestaltung der
innerwelt von

nicht nur ein erhebliches Interesse hat, sondern es auch erwiesen ist, daß die Maschinengewehre, mit denen die Kurden auf die türkischen Truppen schießen, aus England stammen!

Natürlich hätte das Feuer vom Auslande her nicht geführt werden können, wenn es zuvor nicht schon geglimmt hätte. Die letzte Ursache für die Unruhen in Kurdistan hängt denn auch mit der Umbildung des türkischen Staatswesens zusammen. Als noch die Sultane in Konstantinopel regierten, spielten die kurdischen Großen eine bevorzugte Rolle. Die Kurden stellten die Leibgarde des Sultans und zugleich die Henker der dem Sultan verhassten unglücklichen Armenier. Nach dem Umsturz blühten die Kurden ihre Vorzugsstellung ein und damit versiegten auch die Geldquellen, aus denen die kurdischen Großen bis dahin gespeist worden zu sein schienen.

Angesichts dieser Wandlungen konnte das Aufkommen von Unzufriedenheit in Kurdistan nicht weiter überraschen. Vertieft wurde die Feindschaft gegen die neue Regierung in Angora noch dadurch, daß Kemal Pascha einen neuen Aufstieg der Türkei von der Euro-päisierung des Landes erhoffte und diese radikal betrieb, während das Hirtenvolk in Kurdistan an den uralten Sitten festhielt und jede Neuerung ablehnte.

Auf diesem Boden entwickelten sich dann die kurdischen Unruhen, deren Umfang von Jahr zu Jahr zunahm. Während aber Persien, das gleichfalls unter der Rebellion zu leiden hatte, nachsichtig vorging, wandte der türkische Grenzkommandant die schärfsten Mittel an: die Massenhinrichtung der kurdischen Führer und die Einschüchterung der kurdischen Siedlungen. 200 Dörfer sollen so von türkischen Truppen dem Erdboden gleichgemacht worden sein.

Wären die Bandenkämpfe an der türkischen Grenze bisher eine innertürkische Angelegenheit, dann sind sie nun zu einer internationalen geworden, weil Angora — in der Ueberzeugung, die Auslandsbewegung nur dann endgültig niederwerfen zu können, wenn die Zufluchtsstätte der Kurden in Persien vernichtet wird — den Befehl zum Vormarsch erteilt hat. Daß aber die Türkei und Persien England den Gefallen tun werden, einander den Krieg zu erklären, ist nicht anzunehmen. Denn wie dieser Krieg auch ausgehen würde, Nutznießer des Kampfes würde nur England sein, das sich als Vermittler einschalten und in Kurdistan ein neues Mandatsgebiet errichten könnte, das dann mit einigem Geschick zu einem festen Riegel gegen Rußland, Persien und die Türkei ausgebaut werden könnte.

43 Kriegsschiffe vor Santau.
Maschinenschiffungen in Hunan. — Tschangschu erneut gefährdet.
— London, 14. August.
Angesichts der ersten kommunistischen Wirren in China haben die Vereinigten Staaten, England, Japan, Frankreich und Italien in Santau umfangreiche Vorsichtsmaßnahmen ergriffen. Insgesamt liegen jetzt 43 fremde Kriegsschiffe vor Santau; 29 davon entfallen allein auf die Vereinigten Staaten. In Tschangschu herrscht wilde Panik. Die chinesischen Regierungstruppen haben die Stadt nicht zu halten vermocht und sie nun erneut den Kommunisten überlassen. Die Einwohner flüchten zu Tausenden. Aus der Provinz Hunan werden Massenhinrichtungen von Kommunisten gemeldet; täglich sollen 250 Personen hingerichtet worden sein. Die Kommunisten drohen mit Repressalien.

Kantchau ist nach einem Bericht des amerikanischen Generalkonsuls in Kanton von der roten Armee eingeschlossen. Infolge Zurückziehung der Regierungstruppen sind die Ausländer und der katholische Bischof schutzlos. Man fürchtet für ihre Sicherheit. Der Generalkonsul hat mit den chinesischen Ortsbehörden Verhandlungen über die Abreise der Fremden angeknüpft.

Hinrichtung von afghanischen Aufständischen.
Wie aus Afghanistan gemeldet wird, sind 20 Angehörige des Kohidaman-Stammes, die an dem letzten Aufstand teilgenommen hatten und gefangengenommen worden waren, auf Befehl des Königs Nadir Khan erschossen worden. Ihre Leichen wurden an den Toren von Kabul aufgehängt.

Abschiedstelegramm König Fejsals.
Reichspräsident von Hindenburg erhielt folgendes Abschiedstelegramm des Königs Fejsal vom Irak: „Beim Verlassen Deutschlands ist es mir ein angenehmes Bedürfnis, Eurer Erzählung nochmals für die lebenswichtige Aufnahme und die großzügige Gastfreundschaft, die Eure Erzählung und die Reichsregierung mir während meines Aufenthalts in Berlin gewährt haben, meinen aufrichtigen Dank auszusprechen. Ich werde die schönste Erinnerung an diesen Besuch bewahren. Bei dieser Gelegenheit gestatte ich mir, die besten Wünsche für das weitere persönliche Wohlergehen Eurer Erzählung und die Wohlfahrt des Deutschen Reiches und Volkes auszudrücken.“

Einladung Polens an Litauen.
Zur Teilnahme an der Diagrartkonferenz aufgefordert.
Die polnische Regierung hat nunmehr durch Vermittlung ihrer Rigauer Gesandtschaft Litauen zu der in Warschau geplanten Konferenz der baltischen Agrarstaaten offiziell eingeladen. Die polnische Telegraphenagentur bemerkt hierzu, daß von der polnischen Regierung sämtliche Staaten eingeladen worden sind, die während der Genfer Märzkonferenz über den Pol-frieden sich besonders mit ihren landwirtschaftlichen Fragen beschäftigt haben. Zur Gruppe dieser Staaten habe auch Litauen gehört.

Die Krönung Carols von Rumänien
ist nunmehr endgültig auf den 5. Oktober festgesetzt worden. König Carol II. hat den Wunsch ausgesprochen, nach dem alten, aus der rumänischen Geschichte bekannten Zeremonien gekrönt zu werden.

Der Führer der belgischen sozialistischen Partei, Vanderveide, hat mit seiner Frau eine Reise nach China angetreten.

Revision der Ostgrenze.

England macht die Pariser Hebe nicht mit. — Frankreichs größter Slawist erkennt die Notwendigkeit einer Revision an.
— Berlin, 14. August.
Während die Mehrzahl der Pariser Presse sich bisher nicht genug damit tun konnte, den Hinweis des Reichsministers Treviranus auf die Unhaltbarkeit der heutigen Ostgrenzen als einen „Appell zum Kriege“ hinzustellen, teilen die englischen Zeitungen die französische Aufregung nicht. In London erblickt man in den Ausführungen des Ministers Treviranus vielmehr eine Selbstverständlichkeit und nimmt deshalb weiter keine Notiz davon. So beschäftigt sich denn auch der Berliner Berichterstatter der noch immer tonangebenden „Times“ erst heute mit den ganzen Auseinandersetzungen und beschränkt sich auch jetzt auf die Feststellung, nach Ansicht der gesamten deutschen Presse habe Treviranus nichts anderes gesagt, als was jeder Deutsche denke.

Eine ähnliche Haltung nahm auch die italienische Presse ein. So schreibt z. B. die „Tribuna“, wenn Frankreich sich so häufig über deutsche Neuzugänge überreicht zeige, dann liege das wohl auch daran, daß die Franzosen sich kein klares Bild von der Lage Deutschlands machen wollten. Von kriegerischem Geist zeige sich Deutschland nicht befecht — Reichsminister Treviranus hat ja auch in einem Rundfunk-Interview betont, daß seine Rede als eine Friedensrede gedacht war — aber Deutschland wolle auch nicht mehr die Fesseln des Versailler Vertrages tragen, sondern verlange volle Gleichberechtigung. England und Italien aber hätten keine Veranlassung, Frankreich bei einer ungewissen Politik zu unterstützen.

Wenn die Pariser „Journé Industrielle“ meint, Deutschland müsse daran erinnert werden, daß die Völk der Vertragsabänderungen abgeschlossen sei, dann braucht man demgegenüber nur auf das Zeugnis des Prof. René Martel von der Sorbonne, des größten Slawisten Frankreichs, verweisen, der in einem Buch über die deutsch-polnische Grenze klar zum Ausdruck gebracht hat, daß die heutigen Ostgrenzen unhaltbar sind.

Nicht nur der Korridor, sondern ganz Oberschlesien gehöre Deutschland und nur Deutschland allein. Frankreich müsse sich auf die Seite der deutschen Kultur stellen. Heute könne Europa den Frieden noch retten, wenn es das begangene Unrecht wieder gut mache — morgen sei es vielleicht schon zu spät.

Was aber die von Deutschland im Versailler Vertrag übernommenen Verpflichtungen anbetrifft, kann man sich nur das Urteil des sozialistischen „Populaire“

zu eigen machen, nachdem Frankreich den Versailler Vertrag nicht innegehalten hat, indem es die allgemeine Abrüstung sabotierte.

Botschafter von Hoesch erneut bei Briand.
Der deutsche Botschafter in Paris, von Hoesch, hatte erneut eine Unterredung mit Briand, in der der Meinungsaustausch über verschiedene mit der bevorstehenden Tagung des Völkerbundes im Zusammenhang stehende Fragen fortgesetzt wurde.

Die Ostgrenzen sind unhaltbar!
Ein englischer Vorschlag.
— London, 13. August. Der „Manchester Guardian“ nimmt in einem Leitartikel zur Treviranus-Rede in bemerkenswerter Weise Stellung. Das Blatt weist darauf hin, daß es in Deutschland heute keine Partei gebe, die nicht eine weitere Revision der Friedensverträge als eine Frage des Rechtes wie der unbedingten Notwendigkeit ansehe. Eine solche Forderung auf Revision der Friedensverträge stelle an sich noch keine Illegalität gegenüber den Verpflichtungen dar, die Deutschland unter den Verträgen eingegangen sei. Nur wenn die gewünschten Veränderungen durch Gewalt herbeigeführt würden, breche Deutschland sein Wort. Wenn es aber eine Veränderung auf dem Wege des Rechtes suche, dann werde hierdurch das Recht auch nicht gebrochen. Der „Manchester Guardian“ untersucht dann im einzelnen die Ostprobleme und kommt zu der Feststellung, daß eine Uebertragung der durch die Friedensverträge an Polen gegebenen ehemals deutschen Gebiete an Deutschland nur eine Umkehr des früheren Rechts bedeuten würde. Die ehemals deutschen Gebiete seien in den zwölf Jahren so gründlich polonisiert worden, daß die Rückgabe heute nicht mehr möglich sei. Dagegen könne das begangene Unrecht in einer anderen Hinsicht wieder gutgemacht werden, nämlich durch die Rückkehr Danzigs zum Reich und die Verbesserung der Verbindungen östlich und westlich des Korridors und nördlich und südlich entlang der Weichsel. Unglücklicherweise könne sich Deutschland noch nicht über seine Forderungen auf territoriale Abänderungen klar werden. Für die Deutschen in den an Polen abgetretenen Gebieten gebe es nur eine Hilfe, nämlich eine wirksame Anwendung der Minderheitenverträge und einen eingehenden Minderheitenschutz.

Gutachten über Preisabbau.
Vorschläge des Reichswirtschaftsrats.
Die von der Zwölfertkommission des Wirtschaftspolitischen Ausschusses des vorläufigen Reichswirtschaftsrates eingesetzte Kommission zur Ausarbeitung der Antwort an die Reichsregierung über die Möglichkeit einer Umwandlung der durch die Kartell-Motivverordnung gegebenen gesetzlichen Einflußnahme auf die Preisgestaltung hat seine Arbeiten beendet und der Reichsregierung seine Antwort übergeben.

Unter den verschiedenen Fragen, die dem Reichswirtschaftsrat vorgelegt worden sind, befaßt der Reichswirtschaftsrat die Notwendigkeit und auch die Möglichkeit der Senkung der Preise für die Lebensmittel und Genussmittel des täglichen Bedarfs. Im wesentlichen hat der Reichswirtschaftsrat seine Untersuchungen auf die Preispanne abgestellt und macht hier der Regierung Vorschläge. Auf Grund des Gutachtens des Reichswirtschaftsrates wird sich nun die Regierung mit den zuständigen Preis-Kartellen des Handels und der Fabrikation in Verbindung setzen, um eine freiwillige Senkung der Spanne nach Möglichkeit zu erreichen.

„Preislenkung möglich!“
— Berlin, 14. August. Der Zwölfert-Ausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates hat das von der Reichsregierung geforderte Gutachten über die Kartellpreise fertiggestellt. Das Gutachten spricht sich dahin aus, daß eine Senkung der kartellierten Preise bei Nahrungs- und Genussmitteln möglich und empfehlenswert ist. Er sieht aber in einer Verschlagung der Kartelle nicht den geeigneten Weg, um zum Ziele zu kommen, empfiehlt vielmehr der Reichsregierung den Verhandlungsweg.

21 Millionen Arbeitnehmer.
Steigerung ihrer Zahl um 1,8 Millionen seit 1926.
Das Statistische Reichsamt veröffentlicht eine interessante Darstellung über die Zunahme der Arbeitnehmer in der deutschen Volkswirtschaft. Danach ist die Zahl der hauptberuflich als Arbeitnehmer tätigen Personen von 19,8 Millionen im Jahre 1926 auf 21 404 000 Anfang 1930 gestiegen. Die Zunahme in diesem Zeitraum beträgt somit 1,8 Millionen.

Was die Verteilung der Arbeitnehmer auf die einzelnen Berufsgruppen betrifft, wurden bei der letzten Berufszählung festgestellt: 10 930 000 männliche und 3 504 000 weibliche Arbeiter, 2 400 000 männliche und 1 200 000 weibliche Angestellte, 15 000 männliche Hausangestellte und 1 311 000 weibliche Hausangestellte und 2 000 männliche, sowie 18 000 weibliche Heimarbeiter. Zu diesen 19 560 000 Arbeitnehmern gesellen sich damals noch weitere 300 000 Personen, die nur nebenberuflich als Arbeitnehmer beschäftigt waren.

Die Frage der bayerischen Schlachthausverordnungen.
Nach einer Verordnung des Gesamtministeriums des Freistaates Bayern tritt die Schlachthaussteuer nicht am 15., sondern erst am 22. August in Kraft.

Für freie Wohnungswirtschaft.
Eine Broschüre des Reichsjustizministers Prof. Dredt.
Reichsjustizminister Prof. Dr. Dredt veröffentlicht eine Broschüre über Fragen der Wohnungswirtschaft, in der er sich gegen die weitere Aufrechterhaltung der Wohnungszwangswirtschaft ausspricht. Im einzelnen führt Minister Dr. Dredt aus: „Wirtschaftliches Denken kann nur in der reslofen Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft das Heilmittel der heute allenthalben anerkannten Schäden erblicken. Vor dem Kriege hat das private Unternehmertum immer für genügenden Wohnraum zu sorgen verstanden. Selbst die in den 70er Jahren in die Städte einströmende Bevölkerung hat ohne Schwierigkeiten untergebracht werden können. Es ist immer ein gewisser Ueberschuß an leerstehenden Wohnungen vorhanden gewesen, so daß eine wucherische Ausbeutung der Mieter unmöglich war. Volle Vertragsfreiheit und Kündigungsfreiheit sicherten ein gutes Einvernehmen zwischen Mietern und Vermietern und eine Aufhebung untragbar gewordener Mietverhältnisse. Das alles muß wieder hergestellt werden, wenn wir wirtschaftlich und vor allem kulturell wieder zu gefunden Anschauungen und Zuständen kommen wollen.“

Wie die ganze Menschheit bestrebt sei, die Kriegsfolgen zu überwinden und wieder zu geordneten Zuständen zu kommen, so müsse das deutsche Volk auch auf dem Gebiete des Wohnungswesens wieder zu normalen Verhältnissen gelangen.

Kabinettsrat über Reformprogramm.
Für Montag in Aussicht genommen. — Dietrichs Vorträge beendet.
Im Reichsfinanzministerium werden gegenwärtig die Grundzüge für das große Reformprogramm entworfen, das dem neuen Reichstag im Spätherbst als eine der ersten Aufgaben, die er zu lösen haben wird, gestellt werden soll. Die Vorarbeiten für dieses Reformprogramm sind dem Vernehmen nach soweit gediehen, daß der Reichszentralrat auf Vorschlag des Reichsfinanzministers Dr. Dietrich für kommenden Montag das Kabinettsrat einberufen hat, das an diesem Tag zum erstenmal sich mit den Grundzügen der Vorschläge beschäftigen soll, die Minister Dr. Dietrich machen will.

Ein Appell Schieles an das Landvolk.
Reichs Ernährungsminister Schiele veröffentlicht einen Appell an das Landvolk, in dem es u. a. heißt: „Das Landvolk ist die Kerntruppe der konservativen, bodenständigen und staatsverhaltenden Volkskräfte überhaupt. Stellt sich das Landvolk straff organisiert mit hinein in die Front der Sammlung der großen Rechte, so erfüllt es damit seine naturgegebene Berufung zu staatspolitischer Führung. Deshalb der Appell an meine Berufsgenossen: Sammelt euch um das grüne Banner der deutschen Landvolkbewegung — der deutsche Bauer marschiert im Kampfe um seine Scholle, um den gebührenden Einfluß im Staat und um die Freiheit seines Vaterlandes.“

Die unrentablen Kraftpostlinien.

Keine Millionenverluste.

Von gut unterrichteter Seite wird uns geschrieben:

Von interessierter Seite werden in letzter Zeit tendenziös aufgemachte Nachrichten über angebliche Millionenverluste der Deutschen Reichspost in ihrem Kraftpostbetriebe verbreitet. Die Deutsche Reichspost hat nie bestritten, daß sie im nationalen, kulturellen und wirtschaftlichen Interesse der Bewohner des platten Landes, namentlich aber der Grenzgebiete, auch Linien unterhält, die sich nicht selbst tragen. Soweit die dabei entstehenden Verluste nicht durch die Ueberschüsse ertragreicher Linien in dicht besiedelten Gebieten ausgeglichen werden, werden sie wettgemacht schon durch einen Bruchteil der Ersparnisse an Postbeförderungskosten, die bei Nichtvorhandensein der Kraftposten an Dritte gezahlt werden müßten. Zu dem gleichen Ergebnis ist auch der Reichspostkommissar gelangt, der den Kraftpostbetrieb bis in die Einzelheiten hinein durchgeprüft hat.

Festsetzung des Vermahlungszwanges.

Auf 60 Prozent für die Zeit vom 15. August bis zum 30. September.

Durch eine soeben erschienene Verordnung hat die Reichsregierung nach Anhörung des zuständigen Reichsausschusses die Vermahlungsquote für Inlandsweizen für die Zeit vom 15. August bis 30. September auf 60 vom Hundert festgelegt. Die Verordnung hat weiter die Wirkung, daß für die Zeit vom 1. bis 14. August die Vermahlungsquote auf 40 vom Hundert festgelegt wird. Dieser Prozentsatz entspricht dem Durchschnittssatz.

Päpstliche Bulle zum Konkordat

Neuregelung der preussischen Diözesen.

Am Jahrestag des Konkordats zwischen Preußen und dem Heiligen Stuhl wurde in Rom eine apostolische Bulle unterzeichnet und verkündet, durch die die preussischen Diözesen dem Konkordatsvertrag entsprechend neu geregelt werden. Mit der Durchführung der Bestimmungen wurde der apostolische Nuntius in Berlin beauftragt.

Bekanntlich waren im Preußenkonkordat nur die Grundzüge der kirchlichen Neuordnung, die Erhebung von Paderborn und Breslau zu Erzbistümern und die Schaffung der neuen Diözesen Berlin und Aachen geregelt worden. Die tatsächliche Neuordnung und Abgrenzung der Diözesen erfolgt nunmehr durch die neue Bulle.

Die Katastrophe von Koblenz.

Falsche Gerüchte um die Schuldfrage.

Im Zusammenhang mit dem Brückeneinsturz in Koblenz-Lübel sind Gerüchte im Umlauf, die sich mit der Schuldfrage zu diesem furchtbaren Unglück befaßten.

U. a. ist die Behauptung aufgestellt worden, daß an dem Unglücksabend die Polizei von der Rheinstrombauverwaltung telephonisch vor dieser Brücke gewarnt worden sei, und daß die Rheinstrombauverwaltung die Polizeidirektion nachdrücklich ersucht habe, die Brücke des Zuflusses zum Flußhafen hochzuziehen.

Die Behauptung geht sogar soweit, daß die Polizeidirektion angeblich das Hochziehen der Brücke abgelehnt und angedroht habe, falls die Rheinstrombauverwaltung das Hochziehen veranlassen sollte, die Brücke zwangsweise heruntergelassen werde.

Von den beteiligten Behörden wird nun mitgeteilt, daß alle diese Gerüchte sich auf falsche Behauptungen stützen. Von der Rheinstrombauverwaltung wird versichert, daß von ihr oder einer ihrer Dienststellen kein Anruf an die Polizei erfolgt sei, und daß deshalb von einem Einziehen der Brücke nicht gesprochen worden sei. Auch die Polizeidirektion versichert ausdrücklich, daß die Rheinstrombauverwaltung oder eine ihrer Dienststellen an dem Unglücksabend nicht angerufen habe und demzufolge von einer Warnung aus Sachverständigenkreisen keine Rede sein könne.

Eine neue Donaubrücke.

Zwischen Barza und Palanka.

In Bukarest trat die rumänisch-südslawische Konferenz zusammen, die sich mit dem geplanten Bau einer Donaubrücke zu beschäftigen hat. Man wurde sich zunächst darüber einig, daß die Brücke gemäß der Abmachung vom Jahre 1914 zwischen Barza und Palanka an einer Stelle gebaut werden soll, die von einer rumänisch-südslawischen Kommission noch näher bestimmt werden soll. Rumänien hat sich in dieser Frage dem von Südslawien vertretenen Standpunkt angeschlossen. Es ist ein

besonderes Abkommen

vorgesehen, in dem sich Südslawien verpflichten soll, eine direkte Eisenbahnlinie Palanka-Belgrad zu

bauen, während Rumänien die bestehende Eisenbahnlinie Bukarest-Sturgiu nach Barza fortführen wird. Später soll Rumänien auch an den Bau einer direkten Linie Barza-Craiova herangehen. Damit soll eine direkte Verbindung zwischen Rumänien und der Adria und zwischen Rumänien und Saloniki geschaffen werden. Diesen Verbindungen kommt sowohl in wirtschaftlicher wie auch in strategischer Hinsicht große Bedeutung zu. Im Sinne der Beschlüsse der Konferenz von Sinaia findet demnach eine rumänisch-südslawische Verkehrskonferenz statt, die sich mit dem Abschluß eines alle Verkehrsfragen umfassenden besonderen Abkommens beschäftigen wird.

Eine Beteiligung der Tschechoslowakei oder Polens an diesen Abmachungen ist vorläufig noch nicht vorgesehen, soll jedoch später durch besondere Verhandlungen angebahnt werden.

Wolkenbruch über Reichenhall.

Gewaltige Unwetterverheerungen.

Bad Reichenhall und seine Umgebung wurde von einem schweren Unwetter heimgesucht. Ueber dem Ratten-Gebirge ging ein schwerer Wolkenbruch nieder, der die Bergbäche zu reißenden Flüssen anschwellen ließ. Bei der Schiefstätte in Bad Reichenhall stauten sich der Wappachfluß, Wasser- und Sandmassen drangen in die Gebäude ein und richteten große Verwüstungen an. Die Fluten wälzten sich sodann in die Stadt Reichenhall und drangen in die Keller. In der Salinenstraße kam das Wasser zum Stillstand. Die Feuerwehr beseitigte die Gefahr.

Der schlimmste Schaden wurde auf der Straße Bad Reichenhall-Innsbruck und am Bahndamm Reichenhall-Berchtesgaden angerichtet. Diese Verbindung dürfte auf mehrere Tage unterbrochen sein. Das Geröll und der Sand liegen streckenweise meterhoch auf der Straße. Mehrere Autos und Stelwagen, die sich zwischen den beiden Orten befanden, wurden eingeschlossen, und Passagiere und Pferde konnten nur mit vieler Mühe herausgeschafft werden.

Das Pfefferbach-Haus, ein Kilometer von Reichenhall, an der Straße nach Innsbruck, wurde vollständig überschwemmt; die Insassen konnten nur das nackte Leben retten.

Die Bahnstrecke Bad Reichenhall-Freilassing ist an zwei Stellen durch Dammrutsche beschädigt, so daß der ganze Verkehr eingestellt werden mußte. Etwa 500 Reisende wurden in Automobilen zur nächsten Bahnstation gebracht.

Personen sind, soweit bisher bekannt, nicht zu Schaden gekommen.

Unwetter in Südafrika.

In der Südafrikanischen Union ist durch starke Orkane, anhaltende Regen- und Schneefälle großer Schaden angerichtet worden. Die Fischereiflotte hat sehr gelitten; 15 Fischer, darunter zwei Europäer, sind ertrunken.

Wieder Taifun über Japan.

Nach einer Meldung aus Tokio ist über Kyushiu, der zweitgrößten der vier großen japanischen Inseln, ein schwerer Taifun hinweggegangen, der schweren Schaden anrichtete. Die Verbindungen zwischen Nagasaki und Tokio sind unterbrochen; man nimmt an, daß Nagasaki besonders gelitten hat. Nähere Einzelheiten fehlen noch.

Schiffsuntergang durch eine Mine.

Kanton, 14. August.

Auf dem Hsiangiang ist ein großer chinesischer Dampfer auf eine Mine gestoßen und gesunken. Dabei fanden 70 Passagiere, meist Frauen, den Tod.

Dampfer „Este“.

Das Bauprogramm des Norddeutschen Lloyd vorläufig erschöpft.

Der auf der Werft der Deutschen Schiff- und Maschinenbau A.-G. Weser in Bremen für Rechnung des Norddeutschen Lloyd erbaute schnellfahrende Frachtdampfer „Este“ wurde nach sehr befriedigend verlaufener Probefahrt von Generaldirektor Glaesfel für den Norddeutschen Lloyd übernommen.

Das mit umfangreichen Rüstanlagen für die Beförderung von Fleisch, Obst usw. versehene, zu 8000 Brutto-Register-Tonnen vermessene Schiff wird am 26. d. Mts. seine erste Reise nach der Westküste Nordamerikas antreten.

Mit der Fertigstellung des Dampfers „Este“ ist, wie Generaldirektor Glaesfel bei der Uebernahme betonte, das Bauprogramm des Norddeutschen Lloyd für absehbare Zeit erschöpft.

Infolge der außerordentlich schlechten Wirtschaftslage sei vorläufig nicht an neue Aufträge zu denken.

Der Dampfer „Este“ ist das 15. Schiff, das die A.-G. Weser nach dem Kriege für den Norddeutschen Lloyd erbaut hat.

Schiff in Flammen.

Explosion auf einem englischen Landdampfer.

Eine folgenschwere Explosion ereignete sich auf der Unterelbe bei Pagenand auf dem 6000 Tonnen großen englischen Landdampfer „Camillo“. Das Schiff hatte in Hamburg gelöscht und war mittags mit Ballast aus dem Hamburger Hafen ausgelaufen. Vor auf die Explosion zurückzuführen ist, ist noch vollständig ungeklärt. Man vermutet, daß Rückstände von Gasen an Bord in Brand geraten sein müssen. Der Dampfer mußte in brennendem Zustande bei Pagenand auf Grund gesetzt werden.

Der Kapitän sandte SOS-Note. Aber ehe noch Hilfe zur Stelle war, erfolgte eine zweite Explosion, die derartige Verwüstungen anrichtete, daß das Schiff als verloren gilt. Der brennende Dampfer behindert in hohem Maße die Schifffahrt.

Weitere Einzelheiten sind bisher noch nicht bekannt, insbesondere steht noch nicht fest, ob und wie viel Menschen bei der Katastrophe zu Schaden gekommen sind.

Verschiedenes.

4. Christliche Medizinerkonferenz.

Am 27. und 28. September findet in Bethel bei Bielefeld die 4. Christliche Medizinerkonferenz statt.

Aus dem Tagungsplan seien folgende Vorträge hervorgehoben: „Moderne Heilmethoden im Lichte christlichen Gewissens“, a) die Körpermedizinischen (Dr. Kehler, Straßburg), b) die psychotherapeutischen (Dr. March, Berlin). „Das Gebet im Leben des christlichen Arztes“ (Medizinrat Dr. Neuffer, Stuttgart). „Aus der missionsärztlichen Praxis“ (Dr. Kallenbach, Elberfeld).

Als Anreisetag ist Freitag, der 25. September, gedacht. Ausführliches Programm und Auskunft ist zu erhalten bei Dr. med. Vermeil, Braunschweig, Zeppelinstr. 51.

Anmeldungen bis zum 15. September erbeten an Dr. med. Welsch, Bethel bei Bielefeld.

Wer freut sich mit?

In der Nr. 184 des „Aufwärts“, den ich fast seit seinem Bestehen (nämlich seit 1. April 1919) mit großer Freude halte, las ich heute unter Verschiedenes „Wer freut sich mit?“, die Notiz, daß Frä. Luise Weddigen bei der Taufe des Töchterchens des Pastors Ruhlo in Rehme einen seltlichen Anwesenden unbekannten Vers des Liedes „Lobe den Herren, o meine Seele“ herbeigebracht habe:

„Sollt er was sagen und (doch) nicht halten,
Sollt er was reden und nicht tun?
Kann auch der Wahrheit Kraft veralten?
Kann auch sein wallend Herze ruhn?
Ach nein, sein Wort steht felsenfest:
Wohl dem, der sich auf ihn verläßt!“

Dazu darf ich Ihnen vielleicht folgendes mitteilen. Dieser Vers ist innerhalb der Evangelischen Brüdergemeine (Herrnhuter), der ich selbst angehöre und in deren geistlichem Dienst ich viele Jahre gestanden habe, ehe ich in den Dienst der Landeskirche überging, sehr bekannt. Im gegenwärtigen Gesangbuch der Evangelischen Brüdergemeine (1927 herausgegeben) steht er unter Nr. 788, V. 1. (Als 2. Vers steht dabei: „Dum traue ich auf deine Wunder usw.“). Er ist übrigens nicht ein Vers aus dem Liede „Lobe den Herren, o meine Seele“ (auf welche Melodie er auch nicht gatt zu singen geht), sondern stammt von Johann Job, geboren am 12. Oktober 1664 in Frankfurt am Main, gestorben als Ratsbaumeister in Leipzig am 5. Februar 1736. Er wird in der Brüdergemeine auf die Melodie 106a (des Chorabuches der Brüdergemeine): „Wer nur den lieben Gott läßt walten“, oder auch auf 106c: „O, daß ich tausend Zungen hätte“ gesungen. Er hat schon in dem Gesangbuch der Evangelischen Brüdergemeine von 1778 gestanden unter Nr. 912, Vers 1. Uebrigens gehört das „doch“ in der ersten Zeile nicht hinein. Und in der zweitletzten Zeile heißt es richtiger „Ach, nein“ (wie ich auch geschrieben habe) statt „o nein“. — Ich nehme an, daß Frä. Weddigen der Vers entweder aus dem Gesangbuch der Brüdergemeine oder noch wahrscheinlicher aus dem Gesangbuch der Landeskirche, in dem er im Lauf der Jahre schon oftmals gestanden hat, bekannt geworden ist.

Da ich annehmen darf, daß Ihnen mit diesen Mitteilungen ein wenig gedient ist, schrieb ich Ihnen diese Zeilen und verbleibe mit herzlichem Gruß ihr ergebener

J. G. Pfarrer.

In gleichem Sinn schreiben auch noch andere liebe Herrnhuter. Allen herzlichsten Dank und freundlichen Gruß.

Die Schriftleitung.

Schriftleitung: W. Kraa, Wirtschafts- und Weltpolitik; Dr. F. Suttel, Angelegenheiten; R. Diekmann, alle in Bethel. Zuschriften senden Postfachkonto: Hannover 67377, „Aufwärts“, Christliches Tageblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3916. Für die Schriftleitung: Bielefeld, Schleifach 28. Für Geld: Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.

Werbt neue „Aufwärts“-Freunde!

Helft uns, diese unabhängige christliche Tageszeitung in weiteren Kreisen unseres Volkes zu verbreiten. Der „Aufwärts“ wird bei der Post bestellt. Er kostet monatlich 1.25 RM und 36 Pfg. Bestellgeld. Gedruckt wird er in Bethel. Der Verlagsort ist Bielefeld.

Sunges, sauberes und ehrliches
Mädchen
zur Hilfe im Geschäft (Bäcker)
zum 1. September 1930 gesucht.
Bäckerin Julius Schnettler
Wuppertal-Barmen, Karlstr. 42

Südamerik. Maté
Paraguaytee
Preis: 2,80 Mk. per 1 Pfd.
franko, excl. Nachnahme.
Gustav Giehl & Sohn
Sangerhausen, Hindenburgstraße
Unser Tee ist zum gl. Preise
auch in Ophir erhältlich.

! Nordsee !
Kinderheim Paulsen
Illustrierter Prospekt kostenfrei
d. d. Besitzer: Gemeindevorsteher
Paulsen, Norddorf
Insel Amrum

Kur-Anstalt
Erholungsheim
vegetarisch und
Rohkost
Ebert
Bonneckenstein-Hochhaus
unweit Braunlage
Pastor Felkekuren. Prosp. frei!

Liebhaver-Photographen
decken ihren Bedarf in der
Photo-Handlung König, Bielefeld, Rathausstr. 3. Tel. 955